

„Ein klares Bekenntnis für den Standort“

Die IHK begrüßt die Entscheidung von VW, das Emdener Werk vollständig auf E-Mobilität umzustellen. Der Bezirk könnte damit zur Modellregion werden.

VON DR. JAN AMELSBARG

„Die Entscheidung von VW, das Werk in Emden vollständig auf E-Mobilität umzustellen, werten wir als ein klares Bekenntnis für diesen Standort“, machte der Präsident der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg, Dr. Bernhard Brons, beim Jahrespressegespräch in Emden deutlich. Wer mehr als eine Milliarde Euro investiere, meine es ernst, so Brons weiter. Nun müssten alle neuen Möglichkeiten und Chancen, die sich aus dieser Umstrukturierung ergäben, genutzt werden. Es sei deshalb richtig, dass die Stadt Emden einen Runden Tisch ins Leben gerufen habe, um die regionalen Akteure dazu mit ins Boot zu holen.

Modellregion für E-Mobilität

„Emden und ganz Ostfriesland können Modellregion für E-Mobilität werden. Das setzt aber voraus, dass wir hierfür ab sofort die notwendige Infrastruktur schaffen“, betonte Brons. Außerdem müssten alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, damit eine Batteriezellenfertigung nach Ostfriesland geholt werde. „Wir haben eine Vielzahl hochqualifizierter Industriefachkräfte und wir haben mehr Erneuerbare Energien als wir selbst verbrauchen können“, so Brons weiter. Diese Chance müsste genutzt werden. Das gelte umso mehr, als ein zweites wichtiges Industriestandbein in Ostfriesland, die Windindustrie, in ein schwieriges Fahrwasser geraten sei.

„Das Jahr 2018 war kein gutes Jahr für die Windindustrie“, erläuterte Brons. Durch die gesetzliche Deckelung des Ausbaus von Windenergie an Land und die Einführung eines neuen Ausschreibungsmodells erlebe die Windenergiebranche einen Abwärtstrend. Besonders



VW setzt auf Strom an der Tankstelle. Foto: Bjoern Wylezich / Adobe Stock

bitter für die Region sei der Abbau von mittlerweile über 1.000 Arbeitsplätzen.

Nach Abschätzungen der Branche sei der Ausbau von Windenergie an Land schon 2018 deutlich zurückgegangen und werde wahrscheinlich auch in diesem Jahr noch weiter abnehmen. Umso wichtiger sei es, dass sich die IHK auch weiterhin für die Erneuerbare-Energien-Branche einsetze und gegenüber der Politik nicht nachlasse. „Das Knowhow, was hier entstanden ist, darf nicht verloren gehen“, so Brons. Die noch vorhandenen Arbeits- und Ausbildungsplätze müssten gehalten werden.

Energiesammelgesetz

Dass der Gesetzgeber zum Jahreswechsel mit dem sogenannten „Energiesammelgesetz“ nun Sonderausschreibungen für die Windenergie in den Jahren 2019 bis 2021 vorsähe, sei zwar gut, würde

aber nicht ausreichen. „Wir brauchen eine Anhebung der Ausbaumolumina, und zwar Onshore genauso wie Offshore“, bekräftigte Brons.

Damit „grüner“ Strom in Zukunft auch vermehrt von der Industrie genutzt werden könnte, müsste außerdem der Gesetzgeber tätig werden: „Strom aus geförderten Anlagen darf derzeit nicht direkt an die Industrie verkauft werden. Hier sehen wir Handlungsbedarf, denn nach unserer Einschätzung wird das Interesse am Bezug von Erneuerbarer Energie in der Industrie wachsen“, sagte Brons. Der Gesetzgeber müsse das „Direktvermarktungsverbot“ streichen und die Bedingungen für den Bezug von CO₂-neutralem Strom verbessern. <

Mehr zu diesem Thema

📄 Dok-Nr. 4309452